



Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten | Postfach 31 60 | 55021 Mainz

Vorsitzender des Ausschusses für
Europafragen und Eine Welt
Herr Andreas Hartenfels, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 1
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Poststelle@mueef.rlp.de
<http://www.mueef.rlp.de>

13. Nov. 2017

Mein Aktenzeichen
106-83 827-2/2011-2#137

Ihr Schreiben vom Ansprechpartner/-in / E-Mail
Ulrike.Hoefken@mueef.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-2304/05
06131 16-4604

Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 18.10.2017

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der oben genannten Sitzung wurde zum TOP 9

„Lokale und regionale Dimensionen der Bioökonomie“

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vorlage 17/2012,

die schriftliche Berichterstattung beschlossen.

Bevor ich zur Bioökonomie-Strategie der Europäischen Union und der Stellungnahme des Ausschusses der Regionen berichte, möchte ich kurz auf die Bedeutung der Bioökonomie eingehen.

Die Bioökonomie, die für den Wandel der fossil geprägten Wirtschaft hin zu einer nachhaltigen, biobasierten Kreislaufwirtschaft steht, ist in Bezug auf den Klima- und Ressourcenschutz unumgänglich. 2012 hatte die EU-Kommission die aktuell noch gültige Bioökonomie-Strategie der EU vorgestellt. Diese Strategie wird derzeit durch die EU-Kommission evaluiert und die Ergebnisse der Evaluation sollen in Kürze am 16. November 2017 in Brüssel vorgestellt werden.

1/4

Verkehrsanbindung

☺ Sie erreichen uns ab Hbf. mit den Linien 6/6A (Richtung Wiesbaden), 64 (Richtung Laubenheim), 65 (Richtung Weisenau), 68 (Richtung Hochheim), Ausstieg Haltestelle „Bauhofstraße“. ☒ Zufahrt über Kaiser-Friedrich-Str. oder Bauhofstraße.

Parkmöglichkeiten

Parkplatz am Schlossplatz
(Einfahrt Ernst-Ludwig-Straße),
Tiefgarage am Rheinufer
(Einfahrt Peter-Altmeier-Allee)



Hintergrund der Strategie ist, dass die EU-Kommission das große Potenzial, welches die Bioökonomie für Europa birgt, erkannt hatte. Nämlich:

- Schaffung von Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen insbesondere in ländlichen Räumen.
- Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Kraftstoffen.
- Verbesserung der wirtschaftlichen und ökologischen Nachhaltigkeit der Primärproduktion und der Industrie.

Als Ziele der EU - Bioökonomie-Strategie hat die EU-Kommission

- die Ernährungssicherheit,
- den Klimaschutz,
- die Innovation und das wirtschaftliche Wachstum sowie
- den Ressourcen- und Umweltschutz

festgelegt.

Um diese Ziele zu erreichen, wurde in der EU-Strategie ein Aktionsplan mit 12 Maßnahmenswerpunkten verankert.

Unter anderem sind darin folgende Maßnahmen genannt:

- Sicherung einer soliden Finanzierung des Bereichs Forschung- und Entwicklung,
- Intensivierung multidisziplinärer und bereichsübergreifender Forschung und Entwicklung,
- Unterstützung der Entwicklung regionaler und nationaler Bioökonomie-Strategien,
- Förderung des Aufbaus von Infrastrukturen und der benötigten Logistik,
- Unterstützung der Erschließung neuer Märkte

durch:

- Entwicklung von Normen,
- Erarbeitung und Etablierung von Nachhaltigkeitsstandards,
- Verbraucherinformation.



Vor dem Hintergrund der anstehenden Bewertung der Bio-Ökonomiestrategie durch die EU-Kommission hat der europäische Ausschuss der Regionen eine Stellungnahme verabschiedet. Kernbotschaften der Stellungnahme, die mit insgesamt 44 politischen Empfehlungen insbesondere die lokale und regionale Dimension der Bioökonomie und die Rolle der Städte und Regionen anspricht, sind:

- Der Ausbau der Bioökonomie birgt sehr große Entwicklungspotenziale für Wachstum und Beschäftigung in ländlichen Regionen.
- Die Bioökonomie dient der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen gerade in ländlich geprägten Regionen.
- Eine wissensbasierte Bioökonomie mit höchsten Umweltschutzstandards leistet einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung in Europa.
- Die Potenziale der Bioökonomie können nur erschlossen werden, wenn die Akteure in den Regionen und Städten vor Ort eng zusammenarbeiten.
- Eine Überprüfung des derzeit bestehenden Rechtsrahmens ist für den Ausbau der Bioökonomie notwendig.
- Fördermöglichkeiten müssen besser auf die heterogenen regionalen Bedingungen abgestimmt sein.
- Eine Aufstockung von Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten für Investitionen in den Auf- und Ausbau einer biobasierten Wirtschaft ist notwendig.
- Es sind neue und verbesserte Kombinationsmöglichkeiten zwischen den verschiedenen EU-Förderprogrammen zu schaffen.

Inwieweit diese Empfehlungen ggf. nach der Bewertung der Bioökonomiestrategie durch die EU-KOM in einer Überarbeitung der Strategie berücksichtigt wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar. Nach dem aktuellen Kenntnisstand der Landesregierung ist es derzeit unklar, ob die EU-KOM überhaupt zukünftig eine eigenständige Bioökonomie-Strategie verfolgen wird. Derzeit sind laut Hinweisen aus dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft zwei Varianten denkbar. Zum einen könnte die EU-Kommission Teilbereiche der Bioökonomie in einer Strategie zur Entwicklung der Kreislaufwirtschaft in der EU unterordnen. Zum anderen besteht aber auch die Möglichkeit, dass die Bioökonomiestrategie auch weiterhin als eigenständige umfassende Strategie überarbeitet wird und mit einer entsprechenden Gewichtung bestehen bleibt.



Abschließend möchte ich anmerken, dass die Bioökonomie in Rheinland-Pfalz zu einer positiven strukturellen und konjunkturellen Entwicklung und in erheblichem Umfang zum Klimaschutz beiträgt.

Allein im Bereich der Forstwirtschaft werden pro Jahr ca. 3,5 Mio. Fm Rohholz nachhaltig produziert, wodurch in Form eines Bau- und Werkstoffes CO₂ langfristig gebunden, die Freisetzung durch Substitution energieintensiv herzustellender Materialien vermieden, bzw. als Energieträger eine klimaneutrale Energieerzeugung gefördert wird. Der Rohstoff Holz steht in Rheinland-Pfalz am Anfang einer Wertschöpfungskette, die sich auf jährlich annähernd 10 Mrd. € beziffern lässt.

Auch die Landwirtschaft als wichtiger Akteur der Bioökonomie produziert neben Nahrungsmitteln in erheblichem Umfang Rohstoffe für die stoffliche und energetische Nutzung. Allein die landwirtschaftliche Primärproduktion erwirtschaftete 2016 in Rheinland-Pfalz 1,2 Milliarden Euro.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass die Förderung der Bioökonomie in keiner Weise mit dem Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen oder deren Verwertung und Verwendung verknüpft werden darf. Siehe hierzu auch den Bundesratsbeschluss 589/13 (Vorschlag für eine Verordnung des Rates über das Gemeinsame Unternehmen „Biobasierte Industriezweige“ Ziffer 17).

Auf Basis dieser nachhaltigen Primärproduktion, konnte sich in Rheinland-Pfalz eine große Anzahl von klein- und mittelständigen Unternehmen entwickeln, sodass gerade im ländlichen Raum Arbeitsplätze erhalten und neugeschaffen werden konnten.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrike Höfken